



# Diskriminierende Gesinnungsschnüffelei

Seit 1992 in Thüringen geltender Runderlass ist verfassungsrechtlich bedenklich

Hier weht nicht nur der kalte Wind einstiger Systemauseinandersetzung durch die Thüringer Ministerialbürokratie, sondern es regiert auch der Wunsch, jede und jeden, die konservativen Politikern politisch nicht passen, von einer Anstellung im öffentlichen Dienst fernzuhalten“, so kommentierte Martina Renner, innenpolitische Sprecherin der Landtagsfraktion DIE LINKE, einen bereits seit 1992 in Thüringen geltenden Runderlass zur Prüfung der persönlichen Eignung von Bewerbern für den öffentlichen Dienst.

### Auch die Volkssolidarität wird zum Problem

Gemäß dieses Runderlasses werden alle Bewerber für ein Beamten- oder Angestelltenverhältnis einer Art „Gesinnungstest“ unterzogen. Man wird schriftlich nicht nur über Verfassungstreue belehrt, sondern muss auch eine Liste mit wichtigen Massenorganisationen bzw. gesellschaftlichen Organisationen der DDR und von der Landesregierung als „extremistisch“ oder „extremistisch beeinflusste“ deklarierte Organisationen einsehen und sodann schriftlich eine Erklärung u. a. darüber abgeben, ob eine Mitgliedschaft bestand oder eine Zusammenarbeit mit einer der entsprechenden Organisationen erfolgte.

Wenn dies festgestellt wird, kommt weitere Bewegung in die Mühlen der Bürokratie: Durch Anfragen beim Verfassungsschutz und bei der Stasi-Un-

terlagenbehörde wird man weiter durchleuchtet. „Die Liste der Organisationen lässt einerseits die überholte Totalitarismustheorie fortleben. Andererseits werden Organisationen als vermeintlich verfassungsfeindlich diskreditiert und verleumdet“, kritisierte in einer Pressemitteilung Martina Renner.

Auf der Liste finden sich auch solche Organisationen, die für die Einhaltung von Grundrechten eintreten, wie die Vereinigung Demokratischer Juristinnen und Juristen oder Vereinigungen, die sich aktiv mit der Gefahr des Neozinzismus auseinandersetzen, wie die VVN-BdA.

„Das Engagement in diesen Vereinen und Verbänden wird in Thüringen offenkundig zum Einstellungshemmnis für den öffentlichen Dienst“, protestierte die Landtagsabgeordnete. Dass auch die Volkssolidarität zum Problem werden kann, sollte angesichts der Tatsache, dass deren Vorsitzender in Thüringen CDU-Politiker und ehemaliger Sozialminister sowie Landtagspräsident in Thüringen war, „die Absurdität des Einstellungsverfahrens selbst für die Landesregierung offenbaren. Diese Art der Gesinnungsschnüffelei ist diskriminierend und verfassungsrechtlich bedenklich“, so Martina Renner.

Die Fraktion DIE LINKE fordert die Landesregierung zum vollständigen Verzicht auf derartige Listen auf. Die Innexpertin der LINKEN hat sich mit einer Kleinen Anfrage an die Landesregierung gewandt. Darin wird u.a. ge-

fragt, auf der Grundlage welcher Erkenntnisse, tatsächlicher Anhaltspunkte und nach welchen Kriterien eine Einstufung von Organisationen als „extremistisch“ oder als „extremistisch beeinflusst“ durch die Landesregierung erfolgte.

### Was versteht die Landesregierung unter „extremistisch beeinflussten“ Organisationen?

In der parlamentarischen Anfrage will die LINKE auch von der Landesregierung wissen, „welche staatlichen und anderen Stellen in welcher Weise an der Zusammenstellung der Liste der als ‘extremistisch’ oder ‘extremistisch beeinflussten’ Organisationen mitgewirkt haben?“

Unter den weiteren Fragen der Fraktion: Was versteht die Landesregierung unter ‘extremistisch beeinflussten’ Organisationen? Inwiefern sieht die Landesregierung Bedarf, die offenbar etwa 20 Jahre alte Auflistung von „extremistischen“ oder „extremistisch beeinflussten“ Organisationen zu überarbeiten? Welche Folgen haben jeweils eine positive Beantwortung bzw. Nichtbeantwortung der Frage nach einer Tätigkeit für oder der Mitgliedschaft in einer als „extremistisch“ oder „extremistisch beeinflusst“ klassifizierten Organisation? Werden abgelehnte Bewerber über den (...) Grund der Ablehnung informiert?

Ausführlich unter:  
<http://bit.ly/Jpm1MW>

## KOMMENTIERT:

von Ralf Hauboldt

### Kostenhürden

*Der Thüringer Justizminister hat bei seinem Besuch am Gerichtsstandort Meiningen angekündigt, dass für Thüringen ein zentrales Schuldnerverzeichnis aufgebaut wird. Dabei muss den von Verschuldung betroffenen Menschen vor allem konkret geholfen werden. Das heißt, dass auch die Schuldner- und Insolvenzberatung vom Land besser unterstützt werden muss.*

*Natürlich werden mit einem zentralen Verzeichnis die eigentlichen Ursachen zunehmender Verschuldung nicht gelöst. Wenn es weniger Arbeitslosigkeit, weniger Armut, weniger wegen Wirtschaftskrisen gescheiterte Berufs- und Firmenexistenzen gäbe, wären auch die Schuldnerverzeichnisse in Thüringen nicht so umfangreich.*

*Angesichts der weiterhin hohen Arbeitsbelastung der Sozialgerichte vor allem mit Hartz-IV-Verfahren muss mit Blick auf den Besuch des Justizministers Holger Poppenhäger am Sozialgerichtsstandort Meiningen die notwendige Entlastung der Sozialgerichte betont werden.*

*Die LINKE fordert betroffenenfreundliche und klarer gefasste Sozialgesetze. Insbesondere muss das ‚Hartz-IV-Wirrwarr‘ gelöst werden. Bescheide müssten fundierter ausgearbeitet und verständlicher sein. Die Jobcenter müssten mehr Engagement zeigen, Hartz-IV-Probleme auch im direkten Gespräch zu lösen, statt die Betroffenen bei Callcentern und in Telefonschleifen landen zu lassen. Eigentliches Ziel der LINKEN bleibt die Überwindung von Hartz IV und die Schaffung einer menschenwürdigen, Existenz sichernden sozialen Grundsicherung.*

*Die Belastung der Gerichte mit Hartz-IV-Verfahren darf auch nicht dazu führen, dass die Bearbeitung anderer Verfahren, z.B. im Bereich Rente, Schwerbehinderung oder Krankenversicherung, leidet.*

*Die gesetzlichen, zur Entlastung der Gerichte gedachten Änderungen im Sozial- und Verfahrensrecht dürfen nicht dazu führen dürfen, dass Ansprüche und Schutzrechte der Sozialleistungsberechtigten eingeschränkt werden: Ziel muss eine Stärkung des Sozialrechts sein, nicht seine Demontage. Die LINKE lehnt die Einführung von Gerichtsgebühren ab.*

*Eine Entlastung der Sozialgerichte darf nicht durch Kostenhürden und die faktische Aussperrung von Rechtssuchenden stattfinden.*

## AKTUELL

# Für eine hohe Wahlbeteiligung

Vor den Kommunalwahlen in Thüringen am 22. April hat die LINKE im Thüringer Landtag die Bedeutung einer hohen Wahlbeteiligung für die Demokratie betont und die Bürgerinnen und Bürger aufgerufen, von ihrem demokratischen Grundrecht Gebrauch zu machen.

Die Fraktion erinnerte an die letzten Kommunalwahlen in Thüringen im Mai 2006, wo die Spanne der Wahlbeteiligung zwischen 72,3 Prozent (in Tambach-Dietharz) und 32,9 Prozent (in Altenburg) lag, dicht gefolgt von Kahla mit 33,5 Prozent, Saalfeld mit 34,1 Prozent und Erfurt mit 37,2 Prozent.

Da es in Deutschland keine Mindestwahlbeteiligung gibt, können also Amtsinhaber auch mit einem äü-

berst geringen Wählervotum „regieren“. Allerdings ist dem Landessprecher der Initiative „Mehr Demokratie in Thüringen“, Ralf-Uwe Beck, zuzustimmen, der kürzlich in einem Interview sagte: „Eine hohe Wahlbeteiligung verschafft dem Amtsinhaber mehr Legitimation im Amt. So kann er seine Ideen vorantreiben, einen Politikstil entwickeln, mit dem er über parteipolitische Grenzen hinaus agiert. Das ist es, was die Bürger wünschen, eine an der Sache und Gemeinwohl orientierte Politik.“

### Neun Landtagsabgeordnete kandidieren am 22. April

Bei den Kommunalwahlen am 22. April kandidieren neun Landtagsabge-

ordnete der LINKEN:

Micheale Sojka als Landratskandidatin für den Kreis Altenburger Land, Tilo Kummer als Landratskandidat für den Kreis Hildburghausen, Petra Enders als Landratskandidatin für den Ilm-Kreis, Birgit Keller als Landratskandidatin für den Kreis Nordhausen.

Katja Wolf als Oberbürgermeisterkandidatin für Eisenach, Dr. Gudrun Lukin als Oberbürgermeisterkandidatin für Jena, Jörg Kubitzki als Oberbürgermeisterkandidat für Mühlhausen.

Frank Kuschel als Bürgermeisterkandidat für Arnstadt und Ralf Hauboldt als Bürgermeisterkandidat für Sömmerda.

## KURZ UND PRÄGNANT

### Protest am Gymnasium

Angesichts der Proteste am Rande der Eröffnung der Ausstellung „Politischer Extremismus in Thüringen“ des Landesamtes für Verfassungsschutz am Evangelischen Ratsgymnasium in Erfurt am 16. April erklärte Martina Renner, Innenexpertin der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag: „Die Öffentlichkeitsarbeit eines Geheimdienstes hat in Schulen nichts verloren.“ Die stellvertretende Fraktionsvorsitzende unterstützte die Forderung von Eltern, Schülern und der DGB-Jugend Erfurt, die Ausstellung nicht mehr in Bildungseinrichtungen zu präsentieren.

Gerade mit Blick auf das akute Versagen des Verfassungsschutzes, rechtsextreme Straftaten und Terrorakte zu erkennen und rechtzeitig aufzuklären, sei das Landesamt „alles andere als ein kompetenter Partner zu Fragen des Neonazismus“. Die Innenexpertin der LINKEN forderte das Kultusministerium erneut auf, dringend zu prüfen, ob sich das weltanschauliche Neutralitätsgebot der Schule sowie die Pflicht zu qualifizierter Bildung mit dem Auftreten des Geheimdienstes an Schulen vereinbaren lassen. Die Abgeordnete wird zu diesem Vorgang parlamentarisch aktiv und reicht eine Anfrage an die Landesregierung ein. ■

### Jugend-Förderpreis

Für den Förderpreis Jugend@Ehrenamt des Thüringer Landtags können Bewerbungen oder Vorschläge mit Kontaktdaten, Projektbeschreibung und Angaben über die Form der Präsentation bis zum 22. Mai an das Referat Öffentlichkeitsarbeit, Jürgen-Fuchs-Straße 1, 99096 Erfurt. E-Mail: [oeffentlichkeitsarbeit@landtag.thueringen.de](mailto:oeffentlichkeitsarbeit@landtag.thueringen.de) geschickt werden. Bewerben können sich junge Menschen bis zum Alter von 20 Jahren, die sich ehrenamtlich für andere Menschen oder das Gemeinwesen engagieren.

Ob sportlich, kulturell, schulisch, musisch, sozial oder ökologisch: Gesucht werden Vereine und Initiativen, aber auch Einzelpersonen, die ganz konkrete Projekte geplant und umgesetzt haben. Die besten Bewerber können ihr Projekt am Samstag, dem 9. Juni, am Tag der offenen Tür des Thüringer Landtags im Plenarsaal der Öffentlichkeit vorstellen. Der Förderpreis ist mit insgesamt 2.000 Euro dotiert. In diesem Jahr wird im Rahmen des Europäischen Jahrs für aktives Altern und Solidarität zwischen den Generationen ein Sonderpreis vergeben, der das generationsübergreifende Ehrenamt junger Menschen auszeichnet. Die Sieger werden noch am selben Tag ausgezeichnet. ■

# Ökologisch äußerst bedenkliche Belastung

## Wissenschaftliche Untersuchung der Auswirkungen von Kaliabwässern auf die Werra

Vor dem Hintergrund der aktuellen Diskussionen zur Neufestsetzung der Grenzwerte für die Werra im Bereich der Einleitung von Abwässern der Kali-Industrie betont die LINKE die Notwendigkeit von wissenschaftlichen Untersuchungen. „Wir haben die Landesregierung immer wieder dazu aufgefordert, aber unsere Anträge wurden abgelehnt und wertvolle Zeit ist verstrichen“, sagt die Umweltpolitikerin der Linksfraktion im Thüringer Landtag Katja Wolf. Sie sei daher besonders froh über die Promotion der Diplombiologin Marit Wagler an der Humboldt-Universität Berlin zu den Auswirkungen von Kaliabwässern auf Fische in der Werra, die von der Rosa-Luxemburg-Stiftung unterstützt wird.

Das Exposé der Promotion wurde am 16. April vorgestellt bei einem Pressegespräch im Erfurter Landtag mit Frau Wagler sowie mit Reinhard Karol, Präsident des Verbandes für Angeln und Naturschutz Thüringen. Dazu eingeladen hatten die LINKEN Abgeordneten Katja Wolf und Tilo Kummer.

„Es hat keine wirklichen Fortschritte gegeben, im Gegenteil, die Lage hat sich aufgrund der extrem hohen Grenzwerte, die noch bis mindestens Ende des Jahres gelten, eher verschärft“, kritisierte die Umweltpolitikerin Katja Wolf. Die LINKE erhoffe sich, über den Weg einer Promotion „zu deutlich klareren Aussagen zur Umweltbelastung der Werra durch die Einleitung von Kalilauge“ zu kommen.

Frau Wagler wird vor allem sensible Lebensstadien von Fischen in dem betroffenen Teil der Werra – „dem am stärksten industriell versalzten Fluss Europas“ – untersuchen und sich dabei

auf den dreistachligen Stichling, die Plötze und den Zebraäbrbling konzentrieren.

„Durch die Einleitung der Abwässer aus dem Kalibergbau kommt es zu einer stark verarmten Artenvielfalt. Be-

habe der Thüringer Landesverband für Angeln und Naturschutz gemeinsam mit der Linksfraktion nach Möglichkeiten gesucht, um den Druck auch mit Hilfe dieser wissenschaftlichen Arbeit zu erhöhen.



Während des Pressegesprächs in der Linksfraktion (im Foto v.l.): Reinhard Karol, Marit Wagler, Katja Wolf, Tilo Kummer.

sonders das ungünstige Kalzium-Magnesium-Verhältnis und die erhöhte Kaliumbelastung sind ökologisch äußerst bedenklich“, so die Diplombiologin, die mit ersten Ergebnissen ihrer Arbeit bis Ende des Jahres rechnet. Es bestehe die dringende Vermutung, dass auch die Reproduktion vieler Fischarten durch die Salzgehalte und die Verschiebungen in der Zusammensetzung der Metallionen erheblich beeinträchtigt sei.

Dass Kali+Salz auf Zeit spiele, aber schnellstens etwas getan werden müsse, um die Werra-Situation zu verbessern, betonte Reinhard Karol. Daher

Dabei gehe es den Anglern nicht nur um die Verpressung der Kali-Lauge, „es sind auch die ‚tickenden Zeitbomben‘, wie die großen Abraumhalden“, die ihnen erhebliche Sorge machen.

Dass die dringend notwendige Herabsetzung der Grenzwerte, die eigentlich bis Ende des Jahres erfolgen muss, durch die Landesregierungen von Thüringen und Hessen verzögert wird, befürchtet Tilo Kummer. Andererseits aber müsse auch entsprechend der Europäischen Wasserrahmenrichtlinie dringend gehandelt werden.

A. Rudolph ■

## „Das ist ein Schlag ins Gesicht der Bürger“

Angesichts des Stichtages für den fristgemäßen Beschluss einer Straßenausbaubeitragsatzung für die Gemeinden in Thüringen am 6. April und der Meldung, dass viele Kommunen noch keine gültige Satzung haben, hatte Frank Kuschel, Sprecher für Kommunalpolitik der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag, erklärt:

„Die rückwirkende Erhebung von Straßenausbaubeiträgen ist nicht zeitgemäß und im übrigen verfassungsrechtlich bedenklich.“ Der Innenpolitiker der LINKEN kritisierte, das Thüringen eine der schärfsten Regelungen bundesweit habe.

„In Berlin schaffen gegenwärtig CDU und SPD Straßenausbaubeiträge ab. Die Haltung der Thüringer Landesregierung, die weder die Vorschläge der Bürgerinitiativen aufgreift noch sich an besseren Regelungen anderer Bundesländer orientiert, ist vollkommen unverständlich und zutiefst bürgerunfreundlich“, erklärte der Kommunalexperte der LINKEN. Die Ausnahme-erege-

lungen im Gesetz bezeichnete Frank Kuschel als „praxisuntauglich“. Es seien damit unberechtigt Hoffnungen geweckt worden.

Schließlich erfülle gegenwärtig offenbar keine Kommune die Voraussetzung für einen völligen Verzicht auf Straßenausbaubeiträge oder deren Absenkung.

„Die Landesregierung will nun vollendete Tatsachen schaffen, obwohl vor dem Verfassungsgericht ein Verfahren genau zu diesem Thema anhängig ist. Das ist ein Schlag ins Gesicht der Bürger“, so Frank Kuschel weiter. Der Linkspolitiker erinnerte daran, dass die Landesregierung auf dem Klageweg die Zulassung des Volksbegehrens „Für sozial gerechte Kommunalabgaben“ verhindern will.

Frank Kuschel kündigte an, dass auf Antrag seiner Fraktion das Thema Ende April im Innenausschuss des Landtags auf die Tagesordnung kommt. ■

## Zum Intercity-Angebot

„Jetzt rächt sich die Parzellierung der Bahninfrastrukturentwicklung zwischen Land und Bund“, sagte Dr. Gudrun Lukin mit Verweis darauf, dass mit der Ausschreibung des Ostthüringer Bahnnetzes als Dieselnetz sich die Landesregierung „faktisch schon für die nächsten 25 Jahre von der Idee einer Fernverkehrsverbindung auf der Mitte Deutschland Bahn verabschiedet hatte. Besser wäre es gewesen, mit dem zweigleisigen Ausbau der Strecke auch die Elektrifizierung zu planen und voranzutreiben“, so die Verkehrspolitikerin. Trotzdem sei das Angebot eines Intercitys über Erfurt, Jena und Gera zu begrüßen. Es sollte aber das Regionalangebot ergänzen, nicht ersetzen. „Diese Diskussion muss jetzt mit den Anliegerstädten sofort begonnen werden. Schließlich ist Strecke Erfurt-Jena-Gera eine der meistgenutzten Verbindungen in Thüringen und darüber hinaus als Mitte-Deutschland-Verbindung zukunftsfähig.“ ■



# „Es war die SPD, die dann umgefallen ist“

Aus dem Protokoll der letzten Landtagsdebatte zum Bildungsföderalismus

## Dr. Thomas Hartung, SPD:

Es ist auf jeden Fall so, dass wir als SPD-Landtagsfraktion, als Landes-SPD, uns keinen Nachhilfeunterricht abholen müssen, denn wir haben schon 2006 einen Antrag zur Verbesserung der Kooperation zwischen Bund und Ländern eingebracht. Wir haben dort ganz konkrete Forderungen gestellt, nämlich damals schon die Streichung des geplanten Kooperationsverbotes aus dem Grundgesetz, die Beibehaltung der gemeinsamen Bildungsplanung

### (Unruhe DIE LINKE)

sowie Zuständigkeit des Bundes bei der Entwicklung und Durchsetzung der nationalen Bildungsstandards (...) das Festhalten am Kooperationsverbot in der Bildung ist für uns auch nicht weiter hinnehmbar. Es ist auch im Sinne der Haushaltslage immer schwieriger umsetzbar. (...) Und ich bin auch optimistisch, dass über kurz oder lang beim Koalitionspartner ein Umdenken einsetzt und die Aufhebung des Kooperationsverbots endlich diskutiert werden kann. Bis dahin gilt aber auf jeden Fall der im vergangenen Frühjahr getroffene Landtagsbeschluss zur intensiven Zusammenarbeit von Bund und Ländern in der Bildungs- und Wissenschaftspolitik. Wir brauchen keine Handlungsanweisungen und wir werden den GRÜNEN-Antrag und den der FDP ablehnen.

## Dr. Karin Kaschuba, DIE LINKE:

Ja, ich finde das wirklich nett, das war jetzt hier ein bisschen kurzschlüssig. Aber, Sie haben ja noch mal gesagt, Sie brauchen keine Handlungsanweisungen. Das würde ich jedem auch zugestehen, dass er die nicht braucht. Aber, ich glaube, zur Aufhebung des Kooperationsverbots muss man natürlich sehr genaue Vorstellungen haben, in welchen Punkten man es auch aufgehoben haben möchte. Da dieser Flik-

kentepich, der sich da entwickelt hat über den Föderalismus in der Bildungspolitik auf allen Ebenen, ja sehr bunt ist, vielleicht könnten Sie die Frage wenigstens dahin gehend beantworten, ob Sie diese konkreten Punkte schon festgemacht haben, die man jetzt verhandeln muss. Frau Schavan hat ja Vorschläge unterbreitet, die beziehen sich ja nur auf Teilbereiche.

## Dr. Thomas Hartung, SPD:

Festgemacht sind die Punkte in dem Moment, indem wir uns mit dem Koalitionspartner auf eine einheitliche Haltung geeinigt haben.

## Astrid Rothe-Beinlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Allerdings fehlt allein der SPD die Handlungsfähigkeit, weil offenkundig die Verabredung der Koalition ist, nicht zu handeln, wenn man sich nicht einig wird.

## Bodo Ramelow, DIE LINKE:

Keine Sorge, es äußert sich nicht ein Bildungsexperte, aber jemand der 2005 im Bundestag war und nachdem ich jetzt eine Rede eines neosozialdemokratischen Mitglieds gehört habe, wollte ich doch wenigstens auf ein paar historische Tatsachen hinweisen. 2005 galt das Kooperationsverbot im Grundgesetz überhaupt nicht, da stand es überhaupt nicht im Grundgesetz drin. 2005 gab es eine Föderalismuskommission I, bei der alle ostdeutschen SPD-Bundestagsabgeordneten die SPD-Führung gebeten haben, das Kooperationsverbot nicht aufzunehmen, und eine klare Botschaft an ihre eigene Fraktion gegeben haben, dass es ein schwerer Fehler ist, wenn man das Kooperationsverbot ins Grundgesetz aufnimmt. Zu dieser Zeit gab es auch in der Christdemokratischen Union einige Stimmen, die gesagt haben, es ist ein Fehler. Es ist aus wahlkampft-

taktischen Gründen aus Hessen, Baden-Württemberg und Bayern durchgesetzt worden, dass das Kooperationsverbot in den Föderalismusvertrag I hineingenommen wurde, nachdem es in der Legislatur vorher gescheitert war. Und dann war es die SPD, lieber Kollege Matschie und Landesvorsitzender der SPD, es war die Gesamt-SPD, die dann umgefallen ist. Wir haben jetzt mit dem Problem zu kämpfen, dass wir mühselig das wieder bereinigen müssen, wo ihr aus machtpolitischen Gründen einfach in die Knie gegangen seid.

Denn tatsächlich unter Rot-Grün - aber das kann das Neumitglied der SPD, Herr Dr. Hartung, nicht wissen, denn da war er noch in unserer Partei zu der Zeit und war noch sehr auf Opposition gebürstet -, das Gesamtschulprojekt wurde von Rot-Grün als gesamtdeutsches Projekt gefördert. Das hat die drei Ministerpräsidenten von Hessen, Baden-Württemberg und Bayern so geärgert, dass sie dieses Projekt unter allen Umständen kaputt machen wollten. Deswegen kam das Kooperationsverbot ins Grundgesetz, gegen die Kinder in ganz Deutschland. Deswegen, glaube ich, ist die Diskussion jetzt dringend notwendig. Ich freue mich, dass nun ausgerechnet ein CDU-regiertes Bundesland, Schleswig-Holstein, sagt, das geht so nicht weiter, weil wir Politik gegen unsere Kinder machen. In diesem Sinne, Herr Dr. Hartung, willkommen in der SPD, die dann immer umfällt, wenn es gegen bestimmte Grundsätze geht, aber

### (Unruhe SPD)

machtpolitisch die Dinge so abrüstkelt, Schuldenbremse und andere Sachen, anschließend ins Grundgesetz schreibt, um dann zu wissen, dass sie nie wieder davon wegkommen und hinterher nicht daran beteiligt gewesen sein wollen, dass sie diesen ganzen Mist mit eingeführt haben.

## VON A BIS Z:

### Gebärdensprache

Zu Medienberichten, wonach der MDR mit dem Wegfall der Sendung „Länderzeit“ keine Regionalnachrichten in Gebärdensprache mehr anbieten wird, erklärten die behindertenpolitische Sprecherin Karola Stange und der medienpolitische Sprecher André Blechschmidt: „Das Aus für die Regionalnachrichten in Gebärdensprache ist für uns einfach inakzeptabel. Ein gebührenfinanzierter Sender sollte die Barrierefreiheit für 1.600 gehörlose Menschen in Thüringen gewährleisten.“

Karola Stange wies auf die Anerkennung der Gebärdensprache als eigenständige Sprache hin: „Kommunikation von Gehörlosen findet in Gebärdensprache statt. Sendungen zu untertiteln, ist dafür kein Ersatz, denn Untertitel sind immer verkürzt. In der UN-Behindertenrechtskonvention haben sich die Mitgliedsstaaten verpflichtet, auch für Gehörlose Möglichkeiten anzubieten, gleichberechtigt am politischen Leben teilzunehmen. Das bedeutet für einen öffentlich-rechtlichen Fernsehsender, dass der Barrierefreiheit gerade bei Informationssendungen besondere Beachtung geschenkt werden muss.“

André Blechschmidt nannte den neuen Rundfunkgebührenstaatsvertrag, der im November 2011 vom Landtag verabschiedet wurde: „Wenn ab 2013 auch blinde und gehörlose Menschen Rundfunkgebühren bezahlen müssen, dann müssen barrierefreie Fernsehangebote nicht abgeschafft, sondern ausgebaut werden.“

## WICHTIGE TERMINE

### Landtagssitzungen:

Die nächsten Sitzungen des Thüringer Landtags finden in der Zeit vom 2. bis 4. Mai statt. Wer Interesse am Besuch einer Sitzung hat, melde sich bitte rechtzeitig in der Geschäftsstelle der Linksfraktion.

### „Kultur neu denken“:

Die Reihe „Kultur neu denken“ der Bundestags- und der Landtagsfraktion der LINKEN wird fortgesetzt am 12. und 13. Mai. Thema diesmal: Macht, Reformation, Freiheit - Thomas Müntzers Utopie vom Land der Freien und Gleichen. Am Samstag beginnt es 18 Uhr in der Kilian-Kirche und am Sonntag ab 10 Uhr in der Kornmarktkirche in Mühlhausen.

[www.die-linke-thl.de](http://www.die-linke-thl.de)

## Netzkompetent

Wie die Nachrichtenagentur ddpp kürzlich meldete, gefällt 205 Menschen die Ministerpräsidentin Christine Lieberknecht - bei dem sozialen Netzwerk Facebook. Sie hat dort eine sogenannte statische Seite allein mit einem Wikipedia-Eintrag. Ganz anders Bodo Ramelow, der Fraktionsvorsitzende der Thüringer LINKEN, der dort dort knapp 4.900 Freunde hat, die er ständig auf dem Laufenden hält. Darüber hinaus nutzt er den Kurznachrichtendienst Twitter. Täglich ein bis zwei Stunden verbringt er damit, seine Auftritte bei Facebook und Twitter zu pflegen und Nachrichten und Kommentare zu beantworten. Früher habe er Briefe bekommen, heutzutage seien es eben Kurznachrichten.

## Flughafen

Mit Blick darauf, dass der Thüringer Rechnungshof für den Flughafen Erfurt-Weimar seit 2009 ein überarbeitetes Betreiberkonzept anmahnt, der Erfurter Flughafen aber jetzt verstärkt vom Nachtflugverbot in Frankfurt/Main partizipieren möchte, fordert MdL Dr. Gudrun Lukin: „Dann müssen jetzt schleunigst die Wirtschaftsinteressen des Flughafens aber vor allem auch Fragen des Lärmschutzes für die Erfurter Bevölkerung diskutiert werden.“ Sowohl das Land Thüringen als auch die Stadt Erfurt als Anteilseigner könnten sich hier nicht zurücklehnen und der Erfurter Flughafengesellschaft die Verantwortung und den Schwarzen Peter zuschieben, so die Verkehrspolitik der LINKEN.

## Rauchmelder

Die Linksfraktion unterstützt die Kampagne zum vorbeugenden Brandschutz. MdL Heidrun Sedlacik verweist auf die seit 2008 in Thüringen bestehende Rauchmelderpflicht und kritisiert aber in diesem Zusammenhang, dass es immer noch keine Nachrüstpflicht für Bestandsbauten gibt. „Die Feuerwehr fordert bereits seit langem die Einführung einer Rauchmelderpflicht für alle privaten Wohnungen“, schließlich seien Rauchmelder Lebensretter, die in jeder Wohnung gehörten, in Schlaf- und Kinderzimmer sowie in die Flure.

Die Verbraucherpolitikerin appelliert an Vermieter und private Eigentümer, nicht länger mit der Installation der lebensrettenden Geräte zu warten.

## KURZ UND PRÄGNANT

### Nicht wergsehen

Mit Blick auf die Gedenkfeiern anlässlich des 67. Jahrestages der Befreiung der Konzentrationslager Buchenwald und Mittelbau-Dora mahnte der Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE, Bodo Ramelow, die Erinnerung an die Millionen Opfer des deutschen Faschismus, darunter die 56.000 Toten des Konzentrationslagers Buchenwald, wach zu halten. „Die einzigartigen NS-Verbrechen fanden dort ihren Beginn, wo Menschen zu Rassenwahn, Ausgrenzung, Mord, Terror und Kriegshetze schwiegen, später unverhohlen zustimmten und mitmachten.“

Dies nicht zu vergessen, sei eine hochaktuelle politische und gesellschaftliche Aufgabe. Er wies in diesen Zusammenhang besonders auch auf die Ausstellung „Von Auschwitz in den Harz. Sinti und Roma im KZ Mittelbau-Dora“, die jetzt in der Gedenkstätte Mittelbau-Dora eröffnet wurde.

„Die Gesellschaft darf nicht wegsehen, wenn Rechtsextremisten gegen Menschen hetzen. Der Verbreitung rassistischer Einstellungen muss konsequent entgegen getreten werden“, betonte der Landespolitiker der LINKEN.

### Alternative Spende



Wie aus dem Wahlkreisbüro von Dr. Birgit Klaubert zu erfahren war, hat sie zusammen mit ihrer LINKEN Altenburger Abgeordnetenkollegin Michaela Sojka dem Sportverein Löbichau einen Scheck der Alternative 54 e.V. überreicht. Mit der Spende des Vereins der Landtagsabgeordneten der Linksfraction soll eine neue Matte angeschafft werden, um in den Wintermonaten Rasenbowling in der Halle zu trainieren. Dass es dem Löbichauer Verein ernst ist auch mit dieser seltenen Sportart, zeigen die Teilnehmer an Europa- und Weltmeisterschaften, die fast ausschließlich privat finanziert werden. Am 23./24. März 2012 vertraten sie Deutschland bei der WM in Ballymoney/Nordirland.

Aus der neuesten Abrechnung der Alternative 54 geht hervor, dass die LINKEN Landtagsabgeordneten in diesem Jahr allein rund 15.400 Euro aus ihren Diätenerhöhungen gespendet haben, seit Bestehen des Vereins im Jahr 1995 sind es insgesamt 767.985 Euro.

# „Ich glaube nicht an einen Zufall“

NACHGEFRAGT bei Frank Kuschel zu den Medienberichten zur Abgeordnetenüberprüfung

**In Medienberichten heißt es, der Thüringer Landtag habe Sie erneut für „parlamentsunwürdig“ erklärt. Was hat der Landtag Ihnen dazu mitgeteilt?**

Es war nicht der Thüringer Landtag, sondern eine Kommission des Landtags, die geheim tagt – also ohne jede Öffentlichkeit. Die Linksfraction hat ihre Mitarbeit schon vor Monaten beendet. Mir ist nur der Abschlussbericht der Kommission übermittelt worden. Aus diesem Bericht zitieren übrigens auch die Medienvertreter, woher sie ihre Informationen haben, ist mir nicht bekannt. Der Bericht enthält die Empfehlung an den Landtag, mich für unwürdig zu erklären, dem Parlament anzugehören. Eine solche Erklärung hat es in meinem Fall schon 2006 gegeben. Rechtliche Konsequenzen hätte sie allerdings auch diesmal nicht, das Mandat kann mir auf einer solchen Grundlage nicht aberkannt werden.

**Welche Vorwürfe werden in dem Bericht gegen Sie erhoben, um ein derartiges moralisches Verdikt zu begründen?**

Es sind vor allem drei Vorwürfe: Erstens die Zusammenarbeit mit dem Ministerium für Staatssicherheit der DDR, zweitens die Einschätzung, meine dazu abgegebenen Erklärungen seien nur „Schutzbehauptungen“ und somit unglaubwürdig, drittens die Bewertung, meine „Bewährung“ in der Demokratie sei noch nicht ausreichend. Das hat die Kommission mit einer Mehrheit von mindestens zwei Dritteln ihrer Mitglieder beschlossen. Abgeordnete der Linksfraction gehören ihr, wie gesagt, nicht mehr an.

**Lagen der Kommission neue Erkenntnisse über Ihre Zusammenarbeit mit dem Ministerium für Staatssicherheit vor?**

Überhaupt keine. Ich habe diese Zusammenarbeit schon 1990 bei der Kandidatur als Bürgermeister in Großbreitenbach eingestanden und bin seitdem mit dem Thema öffentlich umgegangen. Die mich betreffenden konkreten Akten der Unterlagenbehörde liegen seit 1992 vor.



**Warum legt die Kommission ihren Abschlussbericht gerade jetzt vor?**

Ich glaube nicht an einen Zufall. Der Abschlussbericht ist ganz bewusst kurz vor der Kommunalwahl am 22.4.2012 platziert worden, bei der ich ja für das Bürgermeisteramt in Arnstadt kandidiere. Bezeichnend ist auch, dass in der Berichterstattung meine Zusammenarbeit mit der Staatssicherheit nur pauschal benannt wird, ohne auf Details einzugehen.

**Welche Details sind es, die weggelassen werden?**

Die „Treffberichte“, die in meiner Akte dokumentiert sind, wurden bis auf wenige Ausnahmen von Mitarbeitern der Staatssicherheit angefertigt, stattgefunden hat der Großteil dieser „Treffs“ in meinem Dienstzimmer als Bürgermeister in Ilmenau. Es waren vor allem dienstliche Kontakte mit dem Ministerium, die mit meiner Funktion als Bürgermeister für Inneres verbunden waren. Ich möchte hier bitte nicht missverstanden werden, ich gehe sehr kritisch mit diesem Teil meiner Biographie um. Das ist etwas, auf das ich nicht stolz bin. Ich hatte damals eben nicht den Mut, diese Kontakte offen zu beenden. Ich habe mich stattdessen versetzen lassen – vom Bürgermeister einer Kreisstadt zum Bürgermeister einer Kleinstadt, das war sicher kein Karrieresprung. Es war ein Ausweichen, kein klarer Schlussstrich.

**Parallel zum Abschlussbericht der Kommission nehmen gegen Sie gerichtete anonyme Denunziationen auf dubiosen Internetseiten zu.**

Ich gehe davon aus, dass sie in die gleiche Richtung zielen: es sind Versuche, vor der Bürgermeisterwahl die öffentliche Debatte auf dieses eine Thema zu fokussieren. Offenbar bewerten bestimmte „Kritiker“ meine Chancen als sehr aussichtsreich und greifen deshalb zu solchen Mitteln. Dabei wird von den anonymen Drahtziehern auch eifrig verdreht, gelogen und gehetzt.

Das Gespräch führte  
Stefan Wogawa

## „Ein Schelm, wer Arges dabei denkt“

Zu den bekannt gewordenen Ergebnissen der Abgeordneten-Überprüfung durch die so genannte Stasi-Kommission des Landtags erklärten der Vorsitzende der Linksfraction, Bodo Ramelow, und MdL Knut Korschewsky, Landesvorsitzender der LINKEN, ihre Verwunderung über die wenige Tage vor den Thüringer Landrats- und Bürgermeisterwahlen und ohne Kenntnis des Parlaments erfolgte Veröffentlichung von Entscheidungen eines streng geheim tagenden Gremiums – „Ein Schelm, wer Arges dabei denkt.“

„Das Verfahren soll abgeschlossen sein und es soll dabei zu unterschiedlichen Bewertungen gekommen sein, obwohl die Akten der beiden betroffenen Abgeordneten seit Jahren bekannt sind und es keine neuen Anhaltspunkte gibt“, so Bodo Ramelow, der darauf verwies, dass die Vertreter der LINKEN nach Vorlage aller Informationen und

Anhörung der Betroffenen in dem Überprüfungs-gremium nicht weiter mitgearbeitet hatten, „denn es gab ja keinen neuen Sachverhalt“.

Knut Korschewsky erinnerte an die zahlreichen Veröffentlichungen, Erklärungen und Veranstaltungen, in denen die beiden Abgeordneten umfassend Stellung genommen und sich zu ihrer Verantwortung erklärt haben. Es gibt keinerlei neue Sachvorgänge oder irgendwie geartete Erkenntnisse zur letzten Überprüfung aus der vergangenen Legislatur, unterstreichen die beiden LINKEN Landespolitiker und sprechen von einem „durchsichtigen Manöver“. Knut Korschewsky kündigte an, an der öffentlichen Veranstaltung zu dieser Problematik mit Frank Kuschel am 17. April in Arnstadt teilzunehmen und lud dazu alle interessierten Bürger herzlich ein. Ina Leukefeld hatte erklärt: „Die Einstellung der Einzelfallprü-

fung im Rahmen des Thüringer Abgeordnetenüberprüfungsgesetzes und damit die Tatsache, dass ich nicht mehr unwürdig bin, habe ich mit Erstaunen zur Kenntnis genommen. Wegen mir wurde durch die CDU zum Ende der letzten Wahlperiode sogar das Gesetz geändert und erweitert. Warum nun ein Einlenken?“, fragte die Abgeordnete. Offensichtlich hätten einzelne Abgeordnete des neu zusammengesetzten Gremiums jetzt differenzierter bewertet und entschieden. Ungewöhnlich sei nur, dass „aufgrund der selben Sachlage es nun zu unterschiedlichen Wertungen gekommen sein soll“. Es sei nicht mehr zeitgemäß, dass eine kleine Minderheit, der Parlamentarier der politischen Konkurrenz angehören, ein Urteil über eine getroffene Wahlentscheidung hinter verschlossenen Türen abgibt und damit natürlich auch Politik mache.



## DAS THEMA

# Netzbau vor Netzneubau

## Alternative Technologien würden nur ein Viertel kosten

**Auch in diesem Jahr haben beim nunmehr sechsten Protestmarsch am Ostermontag gegen den Bau der 380-kV-Trasse durch Thüringen diesmal in Großbreitenbach einige hundert Menschen demonstriert. Damit habe man erneut ein „kraftvolles Zeichen gegen die fortschreitende Zerstörung des Thüringer Waldes und für eine nachhaltige Energiewende gesetzt. Regenerative Energie muss dort erzeugt werden, wo sie auch verbraucht wird“, sagte Petra Enders, Abgeordnete der LINKEN und Bürgermeisterin von Großbreitenbach.**

„Der Widerstand gegen diese Leitung ist ungebrochen. Der Kampf gegen die Monstertrasse geht weiter.“ Seit Anfang März befasst sich das Bundesverwaltungsgericht in Leipzig mit der geplanten Höchstspannungstrasse. Das Gericht hat das Bauvorhaben gestoppt und eine umfangreiche Prüfung eingeleitet. So liegen gegenwärtig auch vorbereitende Arbeiten des Netzbetreibers 50 Hertz Transmission auf Eis. Der Baustopp „ist ein ermutigendes Zeichen für alle, die sich aus guten Gründen gegen das Großprojekt engagieren. Das bestärkt unsere Hoffnung, diese unsinnige Trasse doch noch verhindern zu können“, sagte Petra Enders (im Foto links).

Sie verwies erneut darauf, dass die Starkstromtrasse für die Durchleitung von Windstrom nicht notwendig ist: „Erstens wird so viel Windstrom im Süden gar nicht gebraucht, weil gerade dort, in Bayern und Baden-Württemberg, die Anstrengungen zur Erzeugung alternativer Energien spürbare Ergebnisse zeigen. Zum zweiten können eventuell im Höchstspannungsnetz auftretende Engpässe mit der Aufrüstung vorhandener Leitungen mit

Hochtemperaturseilen und Freileitungsmonitoring behoben werden. Das ist nicht nur umwelt- und naturschonend, sondern auch billiger.“ Immerhin gebe es jetzt schon mehr als 37.000 Kilometer Höchstspannungsnetze und 1,8 Millionen Verteilernetze. „Die ge-

gemacht werden. Wir brauchen einen Netzbau und keinen Netzneubau!“, so Petra Enders.

Im Übrigen würde der Einsatz neuer Technologien für bestehende Leitungen, wie Hochtemperaturseile, Freileitungsmonitoring und regelbare Netze,



plante Höchstspannungsleitung wird den Stromkunden nur eine weitere Preiserhöhung aufdrücken. Es darf kein zusätzliches Geld in eine antiquierte Netzarchitektur gesteckt werden“, forderte die Abgeordnete. Eine zusätzliche Belastung für Stromkunden müsse vermieden werden: Deutlich höhere Netzentgelte könnten verhindert werden, indem man das bestehende Stromnetz umbaut. Immerhin würden schon jetzt Netznutzungsentgelte mehr als 20 Prozent des Strompreises ausmachen. „Durch das Modernisieren bestehender Netze können sie für die Durchleitung regenerativer Energien fit

nur ein Viertel des Neubaus der Trasse kosten. „Für eine Sache, die nicht nötig ist und nicht gebraucht ist, sollte kein Geld aus dem Fenster geworfen werden. Letztlich bezahlen diese Rechnung alle Stromkunden durch einen steigenden Energiepreis.“ Die Landtagsabgeordnete verwies darauf, dass auf dem Energiemarkt gegenwärtig eine massive Umverteilung bevorsteht. „Eine dezentrale Energieerzeugung und -verteilung widerspricht Konzerninteressen. Wir erleben derzeit ein Ringen um die Machtposition der Energieriesen und das mit allen Mitteln.“

## Einladung an den Innenminister: „My heart will go on“

„Obwohl die Lebenssituation von Flüchtlingen, ihre Benachteiligung und Entrechtung durch diskriminierende Gesetze und Verwaltungshandeln zu meiner täglichen Arbeit gehören, hat mich das Stück sehr berührt“, zeigte sich Sabine Berninger, Sprecherin für Migrations- und Integrationspolitik der Fraktion DIE LINKE, im Thüringer Landtag, nach dem Besuch des Theaterstückes „My heart will go on“ im Theaterhaus Jena beeindruckt.

Sabine Berninger hatte die Vorstellung gemeinsam mit ihrer Jenaer Fraktionskollegin Dr. Gudrun Lukin am 11. April besucht und auch am anschließenden Publikumsgespräch teilgenommen.

Politische Brisanz erhielt das Stück, weil die Ausländerbehörde des Landkreises Schmalkalden-Meiningen zwei der Darsteller jüngst zur freiwilligen Ausreise aufgefordert hatte. „Das Theaterhaus Jena und seine Darsteller machen mit diesem Projekt Öffentlichkeitsarbeit im Sinne von Asylsuchenden, wie man sie sich einfühlernder und

anschaulicher nicht vorstellen kann. Ich kann den Verantwortlichen in Landesregierung und den Landtagsfraktio-

nen Vertreter der Landtagsfraktionen sowie den Thüringer Innenminister und seinen Staatssekretär zu einem ge-



meinsamen Theaterbesuch am 11. Mai (mit anschließendem Publikumsgespräch) einladen. Die Karten sind bereits bestellt und werden den Eingeladenen zugesandt.

meinsamen Theaterbesuch am 11. Mai (mit anschließendem Publikumsgespräch) einladen. Die Karten sind bereits bestellt und werden den Eingeladenen zugesandt.

**Weitere Aufführungen von „My heart will go on“ in Jena:**

**Mittwoch, 09. Mai, 20:00 Uhr,  
Donnerstag, 10. Mai, 20:00 Uhr  
Freitag, 11. Mai, 20:00 Uhr (mit Publikumsgespräch)  
Samstag, 12. Mai, 20:00 Uhr (mit Publikumsgespräch)  
Freitag, 25. Mai, 20:00 Uhr  
Samstag, 26. Mai, 20:00 Uhr**

## KURZ UND PRÄGNANT

### Schulsozialarbeit

„Die Blockadehaltung von Finanzminister Voß hinsichtlich der Mittel für zusätzliche Stellen im Bereich der Schulsozialarbeit ist zynisch“, erklärte die Sprecherin für Jugendpolitik der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag, Katharina König. „Anstatt das Konzept einer multiprofessionellen Schule durch die erfolgreiche Arbeit von Sozialarbeitern zu unterstützen und endlich ein ausfinanziertes Landesprogramm aufzulegen, wird seitens der CDU erneut geblockt. Damit verhindert sie die längst notwendige Investition in einen umfassenden Bildungsbe-  
griff“, kritisierte die Abgeordnete.

Das Vorgehen des Finanzministers lasse erneut Rückschlüsse auf das mangelnde Bildungsverständnis der CDU zu: Anstelle Bildung als ganzheitliche Aufgabe und Prozess zu verstehen, werden kurzfristig Mittel eingespart, die langfristig zu nicht absehbaren Folgekosten führen werden. Die LINKE hatte in den letzten Jahren immer wieder refinanzierte Beschlussvorlagen zum Ausbau und zur Stärkung von Schulsozialarbeit in Thüringen vorgelegt, welche jedoch von der Koalition abgelehnt wurden. „Die Machtspielen innerhalb der Koalition gehen zu Lasten von Kindern, Jugendlichen, ihren Eltern und Lehrern. Dringend notwendige Verbesserungen im Schulbereich bleiben auf der Strecke. Die Landesregierung muss endlich ihren Verpflichtungen aus dem Koalitionsvertrag nachkommen“, forderte die Jugendpolitikerin.

### Neue Fraktions-Flyer

Die Thüringer Landtagsfraktion der LINKEN hat zu einigen Schwerpunktthemen Flyer produziert, die jetzt gedruckt vorliegen, aber auch auf der Internetseite der Fraktion abrufbar sind.

Ein Faltblatt widmet sich dem Thema: „Mehr (direkte) Demokratie in Thüringen“. Martina Renner und Frank Kuschel sind hier die Ansprechpartner. Bei der Ausarbeitung der Vorstellungen der Linksfraktion zur „Kultur für alle“ steht die kulturpolitische Sprecherin Dr. Birgit Klaubert für Nachfragen zur Verfügung. Und zu den „Digitalen Grundrechten“ haben sich Katharina König und André Blechschmidt ausführlich geäußert mit Beispielen für linke Netzpolitik.

Weitere neue Flugblätter widmen sich den Themen: „Berufsausbildung vor Ort stärken“, „Abwasserentsorgung im ländlichen Raum“ sowie „Wohnungen sind keine Ware“.

*Dies und mehr im Netz zu finden unter:* <http://www.die-linke-thl.de/politik/publikationen>

# „Moderne Hinrichtung“

Ein Fall von 1993 in Arnstadt „passt genau ins Entstehen der rechtsextremen Szene“

„Moderne Hinrichtung in Arnstadt“, so der Titel einer Lesung mit anschließender Diskussion, zu der kürzlich die Landtagsabgeordnete Sabine Berninger in die „Kulisse“ in Arnstadt eingeladen hatte.

Im Jahr 1993 erschütterte der tragische Tod des Arnstädter Bürgers Karl Sidon die Menschen weit über Arnstadt hinaus. Der Fall ist nie vollständig aufgeklärt worden. Viele Fragen sind nach wie vor unbeantwortet. Der Journalist Klaus Huhn recherchierte seinerzeit zu den Tatumständen und kam zu bemerkenswerten Feststellungen, die er in dem Essay „Moderne Hinrichtung in Arnstadt“ niedergeschrieben hatte.

Daraus lasen Jens Petermann, Bundestagsabgeordneter der LINKEN und Stadtrat in Arnstadt, sowie der Zeitzeuge Steffen Dittes, 1993 PDS-Kreisvorsitzender und später Arnstädter Stadtrat und Stadtratsfraktionsvorsitzender.

## Der Polizeichef wiegelte ab

Auch Sabine Berninger kann als Zeitzeugin bezeichnet werden, denn, so sagte sie eingangs des beeindruckenden Abends, der Protest nach dem Mord an Karl Sidon war ihre erste politische Demonstration. Jens Petermann hatte nach Gesprächen mit dem Berliner Journalisten Klaus Huhn die Idee zu dieser Veranstaltung, die die damaligen schlimmen Ereignisse wieder ins Bewusstsein rückte und zur Diskussion darüber führte, ob Arnstadt ein besonderes Problem mit Neonazismus hat.

Die Geschichte des Karl Sidon steht jedoch beispielhaft für Rechtsruck und Menschenfeindlichkeit, wie sie, gefördert von braunen Anstiftern aus den westlichen Bundesländern, mit Übergriffen gegen Andersdenkende und Andersaussehende, mit Misshandlungen, Brandstiftungen bis hin zu Morden im Osten Deutschlands Angst und Schrecken verbreiteten.

## In Leichter Sprache

Die Linksfraktion im Thüringer Landtag verlangt seit langem umfassende Barrierefreiheit auch für den Bereich der Information und Kommunikation. Dies hat sie u.a. in einem Gesetzentwurf für ein Thüringer Gleichstellungsgesetz verankert.

„Nachdem vor drei Jahren die UN-Behindertenrechtskonvention in der Bundesrepublik in Kraft getreten ist, stellt sich diese Forderung noch dringender“, betonte die behindertenpolitische Sprecherin der Linksfraktion im Thüringer Landtag, Karola Stange.

Da Thüringen auf diesem Gebiet einen erheblichen Nachholbedarf hat, kündigt die LINKE eine parlamentarische Initiative für die nächste Plenarsitzung Anfang Mai an, die unmittelbar vor dem Europäischen Tag zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen – Motto in diesem Jahr: „Jede Barriere ist eine zuviel“ – stattfindet.

Karl Sidon war ein ruhiger energischer Mann, der schon zwanzig Jahre lang im Arnstädter Schlosspark das Grün pflegte, darauf achtete, dass die Menschen Bäume und Blumen achten. Aber jetzt kamen immer öfter Jugendliche, anscheinend Rechte, die das Grün zerstörten, schließlich sogar die Toilette im Stadtpark demolierten. Er erstattete Anzeige, das hat ihm dann wohl das Leben gekostet.

In der Dokumentation der Wochenzeitung DIE ZEIT, die das Schicksal von 137 Opfern rechter Gewalt aufgeschrieben hat, heißt es:

„Am 18. Januar 1993 geraten fünf Jugendliche im thüringischen Arnstadt mit dem Parkwächter Karl Sidon in Streit. Die der ‚Babyskin-Szene‘ zugehörigen Jugendlichen verprügeln den 45-Jährigen, mit dem sie mehrfach Auseinandersetzungen gehabt hatten. Anschließend schleifen sie ihr regloses Opfer auf die viel befahrene Bahnhofstraße. Mehrere Autos überrollen den Mann. Im Krankenhaus erliegt er seinen Verletzungen. Zwei der Jugendlichen, 15 und 16 Jahre alt, verurteilt das Erfurter Bezirksgericht im August 1993 zu drei Jahren und neun Monaten Haft. (Dieser Fall wird von der Bundesregierung 2009 genannt.)“

Im Essay Klaus Huhns wird aber auch dokumentiert, wie die Behörden die sich zuspitzende Situation im Vorfeld herunterspielten wollten. So habe der Polizeichef abgewiegelt und von Kinderunfall gesprochen, und das Kreisratsamt genehmigte dem NPD-Kreischef eine Art Schusswaffenhandel.

Dabei entwickelte sich in dieser Zeit in Arnstadt eine starke rechtsextreme Szene, die sich zunehmend radikalisierte. Die Ursache des Brandes eines Obdachlosenasyls im Ortsteil Angelhausen – die „grünen Baracke“ brannte vollständig nieder –, bei dem drei Menschen starben, wurde nie richtig aufgeklärt. Zuvor hatte es durch Rech-

te schon Überfälle auf „die Penner“, wie es hieß, gegeben. Klaus Huhn fragt in seinem Essay: „Sind nach den Asylbewerber jetzt Deutsche dran, die auf der untersten Leiter stehen?“

Jens Petermann meinte in der Diskussion: „Wir haben dies in Arnstadt nicht aufgearbeitet. Wieder gibt es rechtsextreme Aufmärsche, und vor allem wissen wir heute: Es gab mindestens zehn NSU-Morde.“ Untersuchungsausschüsse im Bundestag (Jens Petermann ist hier stellvertretendes Mitglied) und im Landtag wollen klären, wie es dazu kommen konnte. Es sei erschreckend, so Jens Petermann, „was in diesem Essay festgehalten ist, passt genau ins Entstehen der rechtsextremen Szene in Thüringen.“

## „Wir sind zu schnell genügsam“

Steffen Dittes nannte Parallelen: Die Verharmlosung rechter Gewalt, die Gleichstellung von Rechts- und Linksextremismus, die guten Kontakte des Bürgermeisters – der damalige, so hatte in einem Dokumentarfilm über die Arnstädter Szene der NPD-Kreischef betont, hatte „immer ein offenes Ohr für uns“. Zwar erlebe Arnstadt gegenwärtig nur wenige Neonazi-Aktivitäten, aber die Frage von Sabine Berninger, ob man jetzt Entwarnung geben könne, war eine rhetorische.

Der Pro-Arnstadt-Bürgermeister mit besten Kontakten zu Pro Deutschland und dem Rechtspopulismus, hat jedenfalls die von der LINKEN beantragte Ausstellung Opfer rechter Gewalt im Rathaus verhindert. Eine latente Fremdenfeindlichkeit ist spürbar, aber nicht nur in Arnstadt. Steffen Dittes verwies auf den Thüringen-Monitor, nach dem 15 bis 19 Prozent der Bevölkerung ein rechtsextremes Weltbild haben.

Rechtsextreme Einstellungen haben sich „verbreitet, verfestigt, manifestiert.“ Und: Wir sind zu schnell genügsam, wenn die NPD bei Wahlen die Fünf-Prozent-Hürde nicht schafft.

Frank Kuschel, der Landtagsabgeordnete kandidiert als Bürgermeister in Arnstadt, sprach von einer Herausforderung an LINKE Politik. Aufklärung sei notwendig, „aber dazu hat das Rathaus bisher keinen Beitrag geleistet“.

Annette Rudolph ■

## IMPRESSUM

Der LINKE PARLAMENTSREPORT erscheint auf den Seiten 5 bis 10 in UNSERE NEUE ZEITUNG.

### Herausgeber:

DIE LINKE. Fraktion im Thüringer Landtag, Jürgen-Fuchs-Str. 1, 99096 Erfurt.

### Redaktion:

Annette Rudolph (V.i.S.d.P.), Stefan Wogawa  
Telefon: 0361 - 377 2325; Fax: 0361 - 377 2416  
E-Mail: rudolph@die-linke-thl.de  
Internet: www.die-linke-thl.de

Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Materialien übernimmt die Redaktion des PARLAMENTSREPORTS keine Haftung. Sie behält sich das Recht der auszugsweisen Wiedergabe von Zuschriften vor. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Nachdruck von Beiträgen ist ausdrücklich erwünscht.

## DAS LETZTE ...

von Stefan Wogawa

### Maulkorb-Aktivistin

Als vor einem Jahr ein Umfrageinstitut im Auftrag der Illustrierten „Stern“ die Bürgerinnen und Bürger nach dem größten Problem der Bundesrepublik befragte, landeten nicht Finanzkrise oder Arbeitslosigkeit auf Platz Eins. Auf diese Frage ohne Antwortvorgaben nannte mit 35 Prozent die Mehrheit der Befragten die Unzufriedenheit mit Politikern und Parteien. Im Bundestag wird derzeit über eine Änderung der Geschäftsordnung nachgedacht, die das Problem des schwindenden Vertrauens in die Politik weiter zuspitzt.

Eine Mehrheit im „Geschäftsausschuss“ will erreichen, dass künftig nur die Abgeordneten in den Plenarsitzungen reden dürfen, die von den Fraktionen vorab dazu bestimmt wurden. Anderen Abgeordneten soll nur noch in Ausnahmefällen und nur für maximal drei Minuten das Wort erteilt werden, auch hierzu muss Rücksprache mit den Fraktionen genommen werden. Über das Rederecht im Parlament bestimmen die Fraktionen – eine Institution, die im Grundgesetz nicht einmal vorkommt?

„Fraktionen wollen Rederecht der Parlamentarier einschränken“, hatte „Spiegel online“ verfälschend verkürzt getitelt – denn das Bubenstück zur weiteren Disziplinierung des Parlaments ist auf dem Mist von nur drei Fraktionen gewachsen: es sind (wen wundert es) CDU/CSU, FDP und SPD.

Inzwischen gibt es öffentlichen Gegenwind, einschließlich angekündigter Verfassungsklagen. Die Maulkorb-Aktivistin sind offenbar über den eigenen Mut erschrocken und rudern zurück, am lautesten lamentieren die Opportunisten der SPD. Kurzfristig komme keine Änderung, lautet nun die offizielle Sprachregelung.

Es gilt also, wachsam zu bleiben, denn aufgeschoben ist nicht aufgehoben. Vielleicht geht man beim nächsten Mal ja leiser zu Werke.